

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

Per Mail an wp-sekretariat@seco.admin.ch

Liestal, 9. Dezember 2025
VGD/StaFö/TS

Vernehmlassungsantwort zur parlamentarischen Initiative «Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten» (23.462)

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident Aeschi
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 16. September 2026 eingeladen, im Rahmen der Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative «Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten» (23.462) unsere Stellungnahme abzugeben. Gerne geben wir nachfolgend sowie im Fragebogen zur Vernehmlassung unsere Rückmeldung.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) erachtet es als notwendig, die Leistungen, welche Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten erbringen dürfen, gesetzlich präziser zu regeln. Gemäss der WAK-N besteht derzeit insbesondere bei der Post der grösste Handlungsbedarf. Mit den vorgeschlagenen Änderungen der Postgesetzgebung sollen die Rahmenbedingungen für das Handeln der Post im Wettbewerb mit privaten Unternehmen angepasst werden. Konkret schlägt die Kommission eine Präzisierung des Unternehmenszwecks, eine Verschärfung des Quersubventionierungsverbots sowie die Einführung eines Rechtsschutzes für Mitbewerber der Post vor.

Wir stellen fest, dass derzeit auf Bundesebene mehrere Arbeiten zur Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen für die Tätigkeit der Schweizerischen Post im Gang sind. Am 16. April 2025 hat der Bundesrat die Revision der Postverordnung (VPG) in die Vernehmlassung gegeben. Mit dieser Revision kann die Post Kosteneinsparungen erzielen und die Grundversorgung um digitale Angebote erweitern. Wir unterstützen diese Revision. Weiter hat der Bundesrat am 13. August 2025 die Eckwerte für eine umfassende Revision der Postgesetzgebung beschlossen und das UVEK beauftragt, bis Ende Juni 2026 eine Vernehmlassungsvorlage zu erarbeiten.

Wir lehnen die im Rahmen der parlamentarischen Initiative «Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten» (23.462) erarbeiteten Anpassungen nicht grundsätzlich ab. Der Zeitpunkt für eine Beurteilung ist für uns jedoch derzeit nicht gegeben. Wir möchten die vom Bundesrat in Auftrag gegebene Revision des Postgesetzes abwarten, bevor wir eine abschliessende Position dazu einnehmen. Der vom Bundesrat vorgeschlagene Weg erscheint uns insofern

als der bessere, als er eine gesamtheitlichere Perspektive bei der Neugestaltung der Grundversorgung und der Geschäftstätigkeit der Post berücksichtigt.

Hochachtungsvoll

Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

- Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage

Parlamentarische Initiative 23.462 Grossen Jürg «Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten»

Stellungnahme eingereicht durch:

- Kanton**
 In der Bundesversammlung vertretene politische Partei
 Gesamtschweizerischer Dachverband der Gemeinden, Städte und Berggebiete
 Gesamtschweizerischer Dachverband der Wirtschaft
 Weitere interessierte Organisation
 Nicht offiziell angeschriebene Organisation / Privatperson

Absenderin oder Absender:

Regierungsrat Kanton Basel-Landschaft

Wichtig:

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als Dokument im Word- und PDF-Format bis 16. Dezember 2025 an folgende E-Mail-Adresse: wp-sekretariat@seco.admin.ch. Die Veröffentlichung der Stellungnahmen erfolgt im PDF-Format.

1. Einschränkung des Unternehmenszwecks

- 1.1 Unterstützen Sie grundsätzlich die Präzisierung bzw. die engere Formulierung des Unternehmenszwecks der Post (Art. 3 VE-POG) oder teilen Sie den Antrag der Minderheit (Ausweitung des Unternehmenszwecks hin zu einem digitalen Service public)?

- Vorlage der Mehrheit Minderheit Keine Angabe

Begründung (optional):

Wir wollen zuerst die vom Bundesrat in Auftrag gegeben Revision des Postgesetztes abwarten, bevor wir dazu Stellung nehmen können.

- 1.2 Unterstützen Sie Art. 3 Abs. 1 Bst. *a^{bis}* VE-POG?

- Ja
 Nein, die Post sollte weniger digitale Dienstleistungen erbringen dürfen.
 Nein, die Post sollte weitere digitale Dienstleistungen erbringen dürfen.
 Keine Angabe

Begründung (optional):

Wir wollen zuerst die vom Bundesrat in Auftrag gegeben Revision des Postgesetztes abwarten, bevor wir dazu Stellung nehmen können.

1.3 Haben Sie Bemerkungen zu diesem Teil der Vorlage?

Wir wollen zuerst die vom Bundesrat in Auftrag gegeben Revision des Postgesetztes abwarten, bevor wir dazu Stellung nehmen können.

2. Einführung eines individuellen Rechtsschutzes

2.1 Unterstützen Sie grundsätzlich die Einführung eines individuellen Rechtsschutzes zur Überprüfung der Zweckkonformität von Tätigkeiten der Post (Art. 3 Abs. 5 VE-POG)?

Ja

Nein

Keine Angabe

Begründung (optional):

Wir wollen zuerst die vom Bundesrat in Auftrag gegeben Revision des Postgesetztes abwarten, bevor wir dazu Stellung nehmen können.

2.2 Haben Sie allgemeine Bemerkungen zu diesem Teil der Vorlage?

Wir wollen zuerst die vom Bundesrat in Auftrag gegeben Revision des Postgesetztes abwarten, bevor wir dazu Stellung nehmen können.

2.3 Welche im erläuternden Bericht erwähnten Aspekte scheinen Ihnen bei der Regelung des Verfahrens zur Überprüfung der Zweckkonformität wichtig zu sein?

	Wichtig	Wenig wichtig	Keine Angabe
Einschränkung der Beschwerdelegitimation (z.B. nur direkte Wettbewerber)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Möglichkeit der Vorprüfung von Akquisitionen und neuen Geschäftsfeldern auf ihre Zweckkonformität	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Massnahmen zur Erhöhung der Rechtssicherheit für die Post (z.B. kurze Fristen, Einschränkung der Beschwerdegründe, etc.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Einschränkung der Zuständigkeit der PostCom (z.B. bei Finanzdienstleistungen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Bindungswirkung gerichtlicher Entscheide für gleichgelagerte Sachverhalte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Spezifische Regeln zur Rückwirkung des Rechtsschutzes auf bestehende Tätigkeiten/Beteiligungen der Post (Grundsatz der Rechtssicherheit und Vertrauensschutz)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Detailliertere Regeln zu den Folgen von PostCom-Entscheiden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Andere: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2.4 Haben Sie weitere Bemerkungen oder Anregungen zu einzelnen der obigen Aspekte?

Wir wollen zuerst die vom Bundesrat in Auftrag gegeben Revision des Postgesetztes abwarten, bevor wir dazu Stellung nehmen können.

3. Verschärfung des Quersubventionierungsverbots

9.1 Unterstützen Sie grundsätzlich die Verschärfung des Quersubventionierungsverbots für die Post (Art. 19 VE-PG) oder teilen Sie den Antrag der Minderheit (Abmilderung des Quersubventionierungsverbots durch Aufnahme eines dritten Kriteriums)?

Vorlage der Mehrheit Minderheit Keine Angabe

Begründung (optional):

Wir wollen zuerst die vom Bundesrat in Auftrag gegeben Revision des Postgesetztes abwarten, bevor wir dazu Stellung nehmen können.

9.2 Haben Sie Bemerkungen zu diesem Teil der Vorlage?

Wir wollen zuerst die vom Bundesrat in Auftrag gegeben Revision des Postgesetztes abwarten, bevor wir dazu Stellung nehmen können.